

## Rückblick Herbstsession 2019

Thomas Aeschi, Fraktionspräsident und Céline Amaudruz, Fraktions-Vizepräsidentin

### WICHTIGSTE GESCHÄFTE



#### **Druck der SVP zeigt Wirkung – Terrorunterstützer wird Schweizerpass entzogen**

[19.3034 Mo. Fraktion SVP. Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer](#)

[19.3301 Mo. Addor. Systematische Ausbürgerung von "Dschihad-Touristen" mit doppelter Staatsbürgerschaft](#)

[19.3376 Mo. Büchel Konsequentes Vorgehen gegen Dschihad-Rückkehrer und Terrorunterstützer](#)

Zahlreiche Schweizer Doppelbürger haben sich in den vergangenen Jahren dem Islamischen Staat oder anderen islamistischen Terrororganisationen angeschlossen bzw. diese unterstützt. Obwohl die Möglichkeit besteht, haben die Behörden solchen Doppelbürgern die Schweizer Staatsbürgerschaft bisher noch nie entzogen. Mit mehreren Vorstössen forderte die SVP in der Frühjahrssession 2019 die neue Justizministerin Karin Keller-Sutter zum Handeln auf. Dies zeigt nun Wirkung: Am 11. September 2019 verkündete das Staatssekretariat für Migration, es habe nun erstmals einem wegen Terrorunterstützung verurteilten Doppelbürger den Schweizerpass entzogen. Die SVP wird den Druck auf die Behörden hochhalten.

#### **Vereinfachte Bestandesregulierung von reissenden Wölfen**

[17.052 Jagdgesetz. Änderung](#)

Nicht nur Wölfe, Bären und Luchse, auch der Biber und andere Wildtiere, die in der Schweiz als ausgerottet galten, kehren wieder in die Schweiz zurück. Was wanderlustigen Städtern gefällt, stellt Landwirte vor Schwierigkeiten. Ihre Nutztiere fallen den Wildtieren brutal zum Opfer und Getreide- sowie Gemüsekulturen werden zerstört. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament sah ein, dass der absolute Schutz dieser Wildtiere in einem so dicht besiedelten Land wie der Schweiz gelockert werden muss. So können Wölfe und auch andere geschützte Tiere künftig geschossen werden, wenn durch sie Schaden droht oder um den Bestand zu regulieren.

#### **Neue Kampfflugzeuge für den Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft**

[19.039 Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Bundesbeschluss](#)

Ab 2030 erreichen die heutigen Kampfflugzeuge das Ende ihrer Lebensdauer. Steht dann kein Ersatz bereit, kann die Schweizer Bevölkerung nicht mehr vor Gefahren aus der Luft geschützt werden. Eine bürgerliche Allianz hat im Ständerat mit ihrem Entscheid für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ein deutliches Signal für einen wirkungsvollen Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft gegeben.

### **Keine doppelte Belastung der Unternehmen durch horrenden Radio- und Fernsehgebühren**

[18.405 Pa.Iv. Rutz. Taten statt Worte. Abgabe für Radio und Fernsehen für Unternehmen streichen](#)

Obwohl mittlerweile jeder Privathaushalt Radio- und TV-Gebühren entrichten muss – selbst wenn kein Radio oder Fernseher vorhanden ist – werden Unternehmen nochmals zur Kasse gebeten. Dieser Doppelbelastung will eine parlamentarische Initiative der SVP – unterstützt von der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat – den Stecker ziehen.

### **Armeepersonalbestände sichern – Abgänge in den Zivildienst sollen erschwert werden**

[19.020 Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst. Änderung](#)

Obwohl die Bevölkerung weiter wächst, hat die Armee Mühe, die personellen Bestände zu halten. Ein Grund ist die Attraktivität des Zivildienstes: Was einst als Alternative für Militärdienstverweigerer gedacht war, wird heute von Rekruten, Soldaten und selbst Kadern missbraucht, um den Dienst angenehmer zu gestalten. Dem will der Ständerat einen Riegel zu schieben, um die Einsatzfähigkeit der Armee und damit die Sicherheit der Bevölkerung nicht zu gefährden. Der Zivildienst soll neu mindestens 150 Dienstage dauern, egal wie viele Militärdienstage geleistet wurden. Zudem soll der Zivildienst auch für Kader massgeblich länger als die verbleibenden Militärdienstage dauern. Ausserdem soll für den Wechsel aus der Armee in den Zivildienst eine Wartefrist von zwölf Monaten gelten.



### **Masslose Zuwanderung soll weitergehen**

[19.026 Für eine massvolle Zuwanderung \(Begrenzungsinitiative\). Volksinitiative](#)

Nach der krassen Missachtung des Volkswillens und des Willens der Kantone bei der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, weigert sich das Parlament trotz offensichtlicher Missstände aufgrund der masslosen Zuwanderung, die dringend notwendigen Korrekturen in der Migrationspolitik vorzunehmen. Wegen der grenzenlosen Einwanderung aus der EU ist die Bevölkerung der Schweiz bereits auf über 8,5 Millionen Menschen angeschwollen, die Infrastruktur ist überlastet und ältere Arbeitnehmer werden wegen der Zuwanderung von Billig-EU-Migranten in die Sozialhilfe abgedrängt. Ohne die eigenständige Steuerung der Zuwanderung ist die 10-Millionen-Schweiz bald Realität – mit verheerenden Folgen für unser Land. Doch ausser der SVP empfohlen alle anderen Fraktionen im Nationalrat die Begrenzungsinitiative zur Ablehnung.

### **Nationalrat zahlt lieber Geld ins Ausland statt für das eigene Volk zu sorgen**

[18.3214 Mo. Salzmann. Entwicklungshilfegelder müssen vom Volk genehmigt werden](#)  
[18.3247 Mo. Rösti. Milliarden-Entwicklungshilfezahlungen an die EU gehören vors Volk](#)  
[18.3666 Mo. Wobmann. Keine Entwicklungshilfe bei Christenverfolgung](#)  
[18.3755 Mo. Fraktion V. Entwicklungshilfe-Milliarden für die AHV-Sanierung einsetzen](#)  
[18.3756 Mo. Fraktion V. Kohäsionsmilliarde für die AHV-Sanierung einsetzen](#)

Das hart erarbeitete Geld der Schweizer Steuerzahler soll zuerst für die Schweizerinnen und Schweizer verwendet werden, statt ins Ausland überwiesen zu werden. Die SVP stand mit dieser Forderung alleine da. Die Vertreter der übrigen Parteien wollen weiterhin Milliarden ins Ausland zahlen und für die dringend notwendige Sanierung der heimischen Sozialwerke die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zur Kasse bitten. Die SVP wird sich damit nicht zufriedengeben und reichte bei der Bundeskanzlei eine Volksinitiative zur Vorprüfung ein: Aus der Entwicklungshilfe soll jährlich eine Milliarde in die AHV umgeleitet werden.

### **Radikale Muslime und linke Chaoten sollen sich weiter verhüllen dürfen**

[17.500 Pa.IV. SVP-Fraktion: Kriminelle Ausländer ausschaffen! Die Ausschaffungs-Initiative ist auch gegenüber EU-Bürgern durchzusetzen](#)

Ein wirkungsvolles Verhüllungsverbot wird dringend für mehr Sicherheit in Bezug auf illegale Demonstrationen, Ausschreitungen, aber insbesondere auch in Bezug auf die Terrorgefahr benötigt. Es darf nicht sein, dass die Sicherheit und der soziale Zusammenhalt in der Schweiz wegen einer falschen Toleranz gegenüber fundamentalistischen und frauenfeindlichen Muslimen leiden. Die Mehrheit des Ständerates will gegen den Willen der SVP weiter untätig zusehen, wie Ladengeschäfte von Vermummten eingeschlagen und muslimische Frauen zur Verschleierung gezwungen werden und empfiehlt die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zur Ablehnung.

### **Klimahysterie – Linke und Nette schröpfen den Mittelstand**

[17.071 Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020](#)  
[17.3998 Mo. Grossen. Klimaschutz endlich auch im Flugverkehr](#)

Schon heute steigen die Bundesausgaben jährlich um Milliarden von Franken an. Nun wollen die Linken und Netten in ihrer Klimahysterie dem Schweizer Mittelstand noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Konkret sollen die Abgaben auf Benzin sowie Heizöl steigen und Flugtickets mit einer Klimaabgabe künstlich verteuert werden. Es ist klar wohin uns das langfristig führt: Die Mieten werden steigen und bald werden sich nur noch Reiche das Reisen leisten können. Zudem verliert die Schweiz als Wirtschaftsstandort an Attraktivität und Arbeitsplätze werden in jene Länder verlagert, wo günstiger produziert werden kann. Nachdem die FDP in Sachen Klimapolitik ins linksgrüne Lager gewechselt hat, war die SVP die einzige Fraktion, die gegen diese desaströsen Massnahmen ankämpfte.

### **Staatlich verordneter Vaterschaftsurlaub**

[18.052 Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative](#)  
[18.441 Pa.IV. SGK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative](#)

Wer Kinder in die Welt setzt, hat sich um diese zu kümmern. Eine Mehrheit im Parlament ist der Überzeugung, dass Staat und Allgemeinheit sich auch in diesen Lebensbereich einmischen sollen. Zwar empfehlen National- und Ständerat eine Volksinitiative, die einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub fordert, zur Ablehnung. Doch gleichzeitig genehmigte die Bundesversammlung gegen den Willen der SVP einen indirekten Gegenvorschlag für zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Kostenpunkt: 229 Millionen Franken pro Jahr, finanziert über höhere Lohnabzüge aller Arbeitstätigen in diesem Land.

## AUSLÄNDERPOLITIK

### **Ausschaffungshaft für Jugendliche weiterhin möglich**

[18.321 Kt.lv. GE. Stopp der Administrativhaft für Kinder!](#)

In der Schweiz sollen weiterhin auch Minderjährige ab 15 Jahren in Ausschaffungshaft genommen werden können, wenn sich die Familie weigert, die Schweiz nach einem rechtskräftigen Entscheid der Behörden zu verlassen. Der Ständerat sprach sich gegen ein Verbot aus. Ein solches hätte die Rückschaffung von Ausländern in ihr Heimatland merklich erschwert.

### **FDP und Linke wollen keine Massnahmen gegen Ausbreitung des radikalen Islams**

[17.3681 Mo. Fraktion SVP. Stopp der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz!](#)

Mit Stichtentscheid der SP-Nationalratspräsidentin lehnte eine Mehrheit aus FDP und Linken eine Motion der SVP ab. Diese forderte griffige Massnahmen, um der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz Einhalt zu gebieten. So wäre u.a. die Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland verboten, deren Schliessung bei radikalen Tendenzen ermöglicht und das Ausstellen von Visa an radikale Prediger unterbunden worden. Angesichts des knappen Resultats reichte die SVP-Fraktion die Motion erneut ein.

### **Trotz sinkender Zahlen will Bundesrat zusätzliche Asylzentren**

Man müsste meinen, bei sinkenden Asylzahlen sollten auch die Kosten sinken. Bei diesen Mehrheiten im Nationalrat: Weit gefehlt! Rund 94 Millionen Franken bewilligte die grosse Kammer für drei Bundesasylzentren: Altstätten SG (43 Millionen Franken), Le Grand-Saconnex GE (27,3 Millionen Franken) und Schwyz (24,1 Millionen Franken). Der Streichungsantrag der SVP für das Asylzentrum Schwyz scheiterte allerdings nur knapp mit 93 zu 87 Stimmen.

## **STAATSPOLITIK**

### **Keine Regeln für abtretende Bundesräte**

[18.463 Pa.Iv. SPK-NR Ehemalige Mitglieder des Bundesrates. Karenzfrist](#)

Der Ständerat weigert sich, für abtretende Bundesräte eine Frist vorzuschreiben, während der sie keine bezahlten Mandate annehmen dürfen, die in einem engen Zusammenhang mit ihrem Amt stehen. Im Nationalrat hatte eine unheilige Allianz von SVP, SP und Grünen die Initiative noch deutlich angenommen. Aber offenbar will im von CVP und FDP dominierten Ständerat trotz bereits grosszügigem Ruhegehalt niemand seinen Parteikollegen ein lukratives Pöstchen unterschlagen. Doris Leuthard und Kaspar Villiger lassen grüssen.

### **Elektronische Schnittstellen für Unternehmen und Bürger bis 2022**

[18.4238 Mo. Grüter. Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung. Dadurch den Informationsaustausch erleichtern](#)

Der Bundesrat muss den direkten Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen Bundesverwaltung und Unternehmen bzw. Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Schaffung von elektronischen Schnittstellen bis spätestens 2022 ermöglichen. Nach dem Nationalrat stimmte auch der Ständerat dieser Motion aus den Reihen der SVP zu.

### **Ständerat sperrt sich gegen Verordnungsveto des Parlaments**

[14.422 Pa.Iv. Aeschi. Einführung des Verordnungsvetos](#)

Immer wieder kommt es vor, dass der Bundesrat in seiner Kompetenz Verordnungen erlässt, die nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechen. Heute sind die Einflussmöglichkeiten des Parlaments darauf beschränkt. Deshalb fordert die SVP seit Jahren einen Ausbau der Kontrollrechte des Parlaments. Obwohl der Nationalrat sie bereits genehmigte, trat der Ständerat nicht mal auf eine Vorlage ein, die dem Parlament erlaubt hätte, solche Verordnungen zu kassieren.

### **Papierkrieg statt praktikablem Datenschutz**

[17.059 Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz](#)

Der technologische Wandel der jüngeren Zeit bringt neue Herausforderungen in Bezug auf den Datenschutz. Statt diese jedoch pragmatisch und KMU-freundlich zu lösen, liessen sich die übrigen Parteien von den Entwicklungen in der EU unter Druck setzen. Das Resultat ist eine Gesetzesvorlage von über 250 Seiten und zahlreichen bürokratischen Vorschriften. Tragisch daran ist, dass der Datenschutz nicht mal verbessert wird, sondern lediglich der Juristenzunft Aufträge beschert. Aus diesem Grund wollte die SVP das Gesetz an den Bun-

desrat zur Überarbeitung zurückweisen. Doch die Mehrheit im Nationalrat akzeptierte den Papiertiger.

## **WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK**

### **Attraktive Rahmen-Bedingungen statt desaströser Rahmen-Vertrag**

[19.3033 Motion. Fraktion SVP. Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz](#)

Für die SVP ist klar: Der wirtschaftliche Erfolg unsers Landes ist in erster Linie abhängig von den Bedingungen, die wir den Unternehmen bieten. Aus diesem Grund wollte die SVP ein Revitalisierungsprogramm für den Wirtschaftsstandort anstossen und fand damit nach dem Ständerat auch im Nationalrat eine Mehrheit.

### **Ständerat zeigt sich grosszügig bei Tourismusförderung**

[19.016 Standortförderung 2020-2023](#)

Den Zahlungsrahmen für Schweiz Tourismus, der den Löwenanteil des Pakets für die Standortförderung ausmacht, erweiterte der Ständerat von 220,5 auf 230 Millionen Franken. Die SVP war der Ansicht, der vom Bundesrat beantragte Kredit genüge, blieb damit angesichts der Spendierlaune so kurz vor den Wahlen jedoch erfolglos.

### **Ständerat weist neuen Vorschlag zur Heiratsstrafe zurück**

[18.034 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer \(ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung\)](#)

Der neue Anlauf zur Abschaffung der Heiratsstrafe ist vorerst gescheitert: Der Ständerat wies die Vorlage an den Bundesrat zurück. Das Thema beschäftigt die Politik seit Jahren. 2016 lehnte das Stimmvolk eine Volksinitiative der CVP zur Abschaffung der Heiratsstrafe äusserst knapp ab. Weil der Bund falsche Zahlen vorgelegt hatte, entschied das Bundesgericht später, dass die Abstimmung aufzuheben sei. Wird die Initiative nicht zurückgezogen, muss der Urengang wiederholt werden. Ob die CVP die Initiative zurückzieht, hängt davon ab, ob sich das Parlament auf gesetzliche Regeln einigen kann. Ein Rückzug der Initiative ist möglich, bis der Bundesrat den Abstimmungstermin festlegt. Dies muss vor dem 27. Mai 2020 geschehen. Der Bundesrat legte ein komplexes Splittingmodell vor. Der Ständerat hat darüber aber nicht entschieden. Er nahm den Antrag einer Minderheit aus SP- und FDP an. Sie wollen den Bundesrat beauftragen, andere Modelle vorzulegen – namentlich das Modell des Kantons Waadt und das Modell der Individualbesteuerung.

### **Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer auf CHF 10'000 erhöht**

[18.050 Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten](#)

Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu CHF 25'000 abziehen können. Heute sind es CHF 10'100. Dank der Hartnäckigkeit der SVP konnte auch der allgemeine Kinderabzug von heute CHF 6'500 auf CHF 10'000 erhöht werden. So können künftig auch Eltern profitieren, die ihre Kinder selbst betreuen. Der Ständerat hatte sich lange gewehrt. Voraussichtlich wird das Volk am Ende entscheiden müssen, weil die SP das Referendum ankündigte. Es passt nicht in ein linkes Weltbild, dass es immer noch viele Familien gibt, die sich selbstverantwortlich um die eigenen Kinder kümmern oder die unentgeltliche Hilfe von Verwandten beanspruchen.

### **Sport und Kulturvereine beide von Mehrwertsteuer entlasten**

[17.3457 Mo. Page. Mehrwertsteuer. Beseitigung der Ungleichbehandlung von Sport- und Kulturvereinen](#)

Heute werden Sportanlässe bei der Mehrwertsteuer privilegiert behandelt, indem Teilnahmegebühren (Startgelder) von der Steuer befreit sind. Diese Ausnahme wird nun auch auf kulturelle Veranstaltungen ausgedehnt und diese damit gleichbehandelt. Der Ständerat stimmte einer entsprechend Motion aus der SVP zu.



### **Wertfreigrenze für Einkauf ennet der Grenze bleibt**

[18.316 Kt.lv. TG. Beseitigung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus](#)

Eine Initiative des Kantons Thurgau verlangte, dass sämtliche Waren in der Schweiz versteuert werden müssen, wenn die ausländische Mehrwertsteuer zurückverlangt wurde. Weil die Waren im Ausland ohnehin billiger sind, profitieren Schweizer Einkaufstouristen so doppelt, als wenn sie einheimische Läden unterstützen. Der Ständerat lehnte die Initiative mit Verweis auf Probleme bei der Umsetzung und dem Zusatzaufwand ab.

### **Ständerat will in Milchmarkt eingreifen**

[19.3952 Mo WAK-SR. Verlässlichkeit des Standardvertrags der Branchenorganisation Milch](#)

Der Ständerat will keine Steuerung der Milchmenge. Aber er überwies eine Motion, die verlangt, dass die Preise für A- und B-Milch zwingend in Kilogramm und fix für drei Monate festgelegt werden. Auch hat die Motion einen Passus, der darauf hinaus läuft, dass C-Milch freiwillig wird.

### **Gewerkschaften profitieren weiter von Arbeitslosen**

[19.035 Arbeitslosenversicherungsgesetz. Änderung](#)

Die SVP nahm die Änderung des Arbeitslosengesetzes zum Anlass, die Rolle der Gewerkschaften und deren private Arbeitslosenkassen zu hinterfragen. Diese haben keinen Anreiz, effektiv zu arbeiten, denn je mehr Arbeitslose betreut werden, umso mehr Geld fliesst in die Kassen der Gewerkschaften. Leider lehnten die übrigen Parteien Vorstösse der SVP ab, die mehr Transparenz verlangten, bzw. private Arbeitslosenkassen gleich ganz abschaffen wollten.

## **AUSSENPOLITIK**

### **Parlament lässt sich internationales Genf rund 112 Millionen kosten**

[19.019 Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat 2020-2023. Massnahmen](#)

Die Schweiz als Gaststaat internationaler Organisationen soll gestärkt werden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den Einsatz von CHF 111,8 Millionen für die Jahre 2020-2023 gutgeheissen. Die Kürzungsanträge der SVP waren bereits im Nationalrat gescheitert.

### **Parlament soll mitreden bei Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat**

[19.3967 Po. APK-SR Schweizer Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Einbezug des Parlamentes](#)

Der Bundesrat muss in einem Bericht bis Mitte 2020 ausführen, wie er das Parlament in die Entscheidungen der Schweizer UNO-Delegation in New York miteinbeziehen will. Dies wird besonders relevant, sollte die Schweiz in den nächsten Jahren die vom Bundesrat angestrebte Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat erhalten und so über Krieg und Frieden mitentscheiden. Die SVP stimmte im Ständerat für das Postulat, ist aber grundsätzlich gegen eine Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat, weil dies nicht mit der Neutralität vereinbar ist.

### **Ständerat steuert auf Rahmenabkommen mit EU zu**

[19.3746 Mo. Föhn. Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes, wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Rückweisung des institutionellen Rahmenabkommens an die EU](#)

Der langjährige Schwyzer SVP-Parlamentarier Peter Föhn stellte seinen Ständeratskollegen in seinem letzten Vorstoss die Gretchenfrage: Was ist wichtiger, die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz oder ein Rahmenabkommen mit der EU? Wenig überraschend waren es nur die Ständeräte der SVP, die den Bundesrat auffordern wollten, keine Verträge abzuschliessen, die eine automatische zwingende Rechtsübernahme und die Unterstellung unter fremde Gerichte beinhalten. Alle Vertreter der übrigen Parteien befürworteten also offenbar die Preisgabe der Schweizer Unabhängigkeit gegenüber der EU.

### **Parlament stützt mutlose Europapolitik des Bundesrates**

[18.3882 Mo. Aeschi. Definition von Eventualmassnahmen für den Schutz der Schweizer Landesinteressen gegenüber der EU](#)

Mit den Gegenmassnahmen wegen der Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz durch die EU ist SVP-Finanzminister Ueli Maurer eine Ausnahme. Ansonsten agiert der Bundesrat eher plan- und mutlos. Eine Motion der SVP wollte erreichen, dass der Bundesrat eine vertrauliche Liste von Gegenmassnahmen erstellt, falls die EU weitere diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt. Doch die Mehrheit des Nationalrates hat kein Interesse daran, wohl weil sie ohnehin ein Rahmenabkommen wollen.

## **SICHERHEITSPOLITIK**

### **Zivilschutz soll auch grenzüberschreitend eingesetzt werden können**

[18.085 Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz. Totalrevision](#)

Der Ständerat verabschiedete die Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz und folgte dabei in den wichtigen Fragen dem Nationalrat. Konkret soll es kein Durchdienersystem für den Zivilschutz geben, weil u.a. gar nicht genügend passende Einsatzmöglichkeiten vorhanden wären. Neu soll der Zivilschutz aber ins grenznahe Ausland entsandt werden können, im Sinne einer nachbarschaftlichen Unterstützung bei Katastrophen.

### **150 Millionen für krisensicheres Kommunikationssystem**

[18.088 Nationales sicheres Datenverbundsystem. Verpflichtungskredit](#)

Übungen zeigten, dass die Kommunikation im Fall einer Strommangellage heute deutlich eingeschränkt wäre. Daher möchte der Bund in ein krisensicheres Kommunikationsnetz investieren, an das neben den Bundesbehörden auch die Kantone, der Zivilschutz, die Polizei und weitere relevante Stellen angeschlossen werden. Nach dem Nationalrat genehmigte auch der Nationalrat den entsprechenden Kredit von CHF 150 Millionen.

### **Bundesrat muss Einführung eines Bürgerdienstes prüfen**

[19.3735 Po. Vonlanthen. Einführung eines Bürgerdienstes. Ein Mittel, um das Milizsystem zu stärken und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen?](#)

Der Ständerat beauftragte den Bundesrat, die Idee eines umfassenden Bürgerdienstes zu prüfen, um die Bestandesprobleme bei Armee und Zivilschutz und damit letztlich des Milizsystems anzugehen. U.a. soll geprüft werden, inwiefern Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht verpflichtet werden können, einen Dienst gegenüber der Allgemeinheit zu leisten.

### **Bund muss historische Schiessen und Feldschiessen unterstützen**

[15.486 Pa.Iv. Feldschiessen und historische Schiessen auch nach 2020 ermöglichen](#)

Der Bund soll die Sanierung belasteter Schiessstandorte auch dann unterstützen, wenn nach 2020 noch in den Boden geschossen wird. Das gilt sowohl für historische Schiessen als auch für Feldschiessen. Nach dem Nationalrat genehmigte nun auch der Ständerat die entsprechende Vorlage. Die geplanten Gesetzesänderungen gehen auf eine parlamentarische Initiative von Adrian Amstutz (SVP/BE) zurück.

### **Parlament genehmigt Armeebotschaft 2019 samt Minenwerfern**

[19.022 Armeebotschaft 2019](#)

Das Parlament will für Armeematerial und Immobilien über 2 Milliarden Franken ausgeben. Mit dem Geld sollen Lücken bei der Aufklärung und der Logistik geschlossen werden. Umstritten war in beiden Räten der Kauf neuer Minenwerfer für CHF 118 Millionen. Doch dank der SVP fand auch diese Beschaffung, welche für die Kampfunterstützung sehr wichtig ist, eine Mehrheit.



## RECHTSFRAGEN

### **Jahrelange Diskussionen um Aktualisierung des Urheberrechts beendet**

[17.069 Urheberrechtsgesetz. Änderung](#)

National- und Ständerat haben sich in dieser Session in den letzten Punkten geeinigt. Zuletzt war noch umstritten, ob Hotels, Spitäler und Gefängnisse für die Verwendung öffentlicher Werke in ihren Räumen weiterhin zahlen müssen oder nicht. Der Nationalrat und auch die SVP wollten die Abgabe abschaffen – vor allem zur Entlastung der Hotels, die für TV-Geräte in den Zimmern zahlen müssen – gaben aber am Ende nach.

### **Räte einigen sich auf Regeln für elektronischen Ausweis**

[18.049 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste](#)

Zur eindeutigen Identifizierung von Personen im Internet bei Online-Geschäften und Behördenkontakten hat die Bundesversammlung die entsprechenden rechtlichen Grundlagen verabschiedet. Der Bund prüft und bestätigt die Identität einer Person. Herausgegeben wird die sogenannte E-ID aber korrekterweise von privaten Anbietern, die wiederum vom Bund überwacht werden. Das letzte Wort dürfte das Volk haben.

### **Ständerat gibt grünes Licht für Modernisierung des Erbrechts**

[18.069 ZGB. Änderung \(Erbrecht\)](#)

Ziel der vom Ständerat verabschiedeten Revision ist es, das über 100-jährige Erbrecht den heutigen Familienverhältnissen anzupassen. Konkret soll der Pflichtteil der Kinder verringert werden. Dieser beträgt heute drei Viertel des gesetzlichen Erbanspruchs, neu soll es die Hälfte sein. Der Pflichtteil der Eltern soll ganz entfallen. Damit könnte ein Erblasser über einen grösseren Teil seines Nachlasses frei verfügen, um zum Beispiel einen Lebenspartner oder auch dessen Kinder begünstigen können. Für nicht verheiratete Partner, mit denen ein Erblasser mindestens 5 Jahre zusammenlebte, wollte der Bundesrat einen Unterstützungsanspruch vorsehen. Diesen lehnte der Ständerat jedoch ab.

### **Versicherungsvertragsgesetz – Ständerat schafft einige Differenzen zum Nationalrat**

[17.043 Versicherungsvertragsgesetz. Änderung](#)

In der Sondersession im Mai ging der Nationalrat sehr stark auf die öffentliche Kritik am Versicherungsvertragsgesetz ein und beschloss zahlreiche Änderungen zulasten der Versicherungen. Der Ständerat stützte viele Entscheidungen, korrigierte jedoch einige wirtschaftsfeindliche Bestimmungen. So lehnte der Ständerat die vom Nationalrat beschlossene 5-jährige Nachhaftung bei Krankenzusatzversicherungen ab. Es geht zum Beispiel um Krankheiten, die beim Auslaufen einer Versicherung zwar schon vorhanden, aber noch nicht sichtbar sind. Der Nationalrat hatte zudem das Kündigungsrecht der Versicherung im Fall, dass der Versicherte falsche Angaben gemacht hat, auf zwei Jahre ab Vertragsschluss limitiert. Diese Frist strich der Ständerat wieder aus dem Gesetz. In vielen Fällen kommen die falschen Angaben erst später ans Licht.

### **SVP endlich angemessen am Bundesgericht vertreten**

[19.209 Bundesgericht. Wahl von vier ordentlichen Richtern/Richterinnen](#)

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte drei SVP-Richter ins höchste Schweizer Gericht. Damit ist die SVP am Bundesgericht seit Jahren erstmals wieder ihrer Grösse entsprechend vertreten.

### **Böswillige Betreibungen sanktionieren**

[17.3740 Mo. Ador Strafrechtliche Sanktionierung böswilliger Betreibungen](#)

Missbräuchliche Betreibungen sind für deren Opfer nicht nur mühsam, sondern wirtschaftlich schädigend. Aus diesem Grunde sollen die Urheber solch böswilliger Betreibungen bestraft werden können. Eine unheilige Allianz aus SVP, SP und Grünen genehmigte im Nationalrat

eine entsprechende Motion aus der SVP. Warum die übrigen Bürgerlichen nicht mitzogen, bleibt ein Rätsel.

### **Nationalrat will mildere Strafen bei leichten Verkehrsdelikten**

[18.431 Pa.IV. Grin. Strassenverkehrsgesetz. Zurück zu verhältnismässigen Sanktionen, um dramatische Konsequenzen für Beruf und Familie zu verhindern](#)

Der Nationalrat will Verkehrssünder weniger hart bestrafen und setzte eine parlamentarische Initiative aus der SVP entsprechend um. Den fehlbaren Autofahrern soll der entzogene Führerausweis früher zurückgegeben werden, wenn sie eine Nachschulung absolvieren.

## **SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK**

### **Schweizweit freie Spitalwahl wird erleichtert und Wettbewerb gefördert**

[18.3388 Mo. SPK-NR. Faire Referenztarife für eine schweizweit freie Spitalwahl](#)

Nach dem Nationalrat nahm auch der Ständerat eine Motion an, welche die Referenztarife für ausserkantonale Behandlungen klarer regeln will. So soll für eine ausserkantonale stationäre Wahlbehandlung bei demselben Spitaltyp der maximale Tarif der Spitalliste des Wohnkantons vergütet werden, höchstens aber der Tarif des Standortspitals. Einige Kantone setzten diesen Tarif bisher so tief an, dass damit er Wettbewerb zwischen den Spitälern untergraben wurde.

### **Kosten für neue, spezialisierte Medikamente in den Griff kriegen**

[19.3703 Mo. Dittli. Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung](#)

Bei einer medikamentösen Behandlung für Gruppen von mehr als 100'000 Patienten liegen heute bei den meisten Medikamenten die Kosten bei unter einem Franken pro Tag. Bei der Neuzulassung innovativer Medikamente existieren aber extrem hohe Preisforderungen. Der Ständerat fordert den Bundesrat nun auf, einen neuen Mechanismus für die Preisfestsetzung vorzuschlagen.

### **Einkauf in Säule 3a soll ermöglicht werden**

[19.3702 Mo. Ettl. Einkauf in die Säule 3a ermöglichen](#)

Wer es versäumte, in früheren Jahren in die 3. Säule einzuzahlen, soll dies nachholen können. Der Ständerat überwies eine entsprechende Motion mit Unterstützung der SVP und gegen den Willen der SP.

### **Klare Regeln für Erhebung von Patientendaten durch das BAG**

[16.411 Pa.IV. Eder. Für den Persönlichkeitsschutz auch in der Aufsicht über die Krankenversicherung](#)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) erhebt Daten bei den Krankenkassen, um die Kostenentwicklung im Auge zu behalten. Der Ständerat hat als Erstrat einer Gesetzesvorlage zugestimmt, die regeln soll, zu welchem Zweck Daten in welcher Form geliefert werden dürfen. So muss in jedem Fall garantiert werden, dass die Anonymität der Versicherten gewahrt wird.

### **Ständerat stimmt für neue Werbeverbote für Zigaretten**

[15.075 Bundesgesetz über Tabakprodukte](#)

Drei Jahre nach der Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat will der Ständerat die Schrauben beim Umgang mit Tabakprodukten nun doch anziehen. Zigarettenwerbung in der Presse und im Internet soll verboten werden. Zudem dürfen keine Tabakprodukte an Minderjährige mehr verkauft werden. Ebenfalls verboten werden soll das Sponsoring von internationalen Anlässen durch die Tabakindustrie. Aus Sicht der SVP sind die Massnahmen sinnlos und widersprechen einer liberalen Wirtschaftsordnung. Es ist heute jedem klar, dass Rauchen der Gesundheit schadet. Da ist es müssig, die bereits restriktiven Regeln noch weiter zu verschärfen.

### **Bundesversammlung schliesst Lücken bei Familienzulagen**

[18.091 Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung](#)

Nach dem Nationalrat stimmte auch der Ständerat einer Vorlage zu, damit Ausbildungszulagen künftig schon ab 15 Jahren ausbezahlt werden. Heute werden Ausbildungszulagen ab 16 Jahren ausgerichtet. Auch werden arbeitslose, alleinerziehende Mütter während des Bezugs der Mutterschaftsentschädigung künftig Familienzulagen erhalten. Hat keine andere Person einen Anspruch auf diese Zulagen, weil beispielsweise eine Vaterschaftsanerkennung fehlt, wird für das Kind heute keine Zulage ausgerichtet.

### **Digitalisierung soll Gesundheitskosten senken**

[18.3513 Mo. Buffat. KVG. Dank der Digitalisierung die Effizienz steigern und die Kosten reduzieren](#)

Leistungserbringer wie Ärzte, Spitäler oder Apotheker sollen ihre Rechnung künftig elektronisch und in standardisierten Verfahren einreichen müssen. Damit sollen Verwaltungskosten bei den Krankenversicherungen eingespart werden. Als Zweitrat nahm auch der Ständerat eine SVP-Motion an.

### **Massnahmen zur Senkung der IV-Neurenten bei Jugendlichen und psychisch Kranken**

[17.022 IVG. Änderung \(Weiterentwicklung der IV\)](#)

Es muss alles getan werden, um zu vermeiden, dass Jugendliche zu IV-Rentnern werden. Nebst besserer Begleitung will das Parlament Fehlanreize beseitigen: So soll das Taggeld für junge Versicherte der Höhe eines Lehrlingslohnes angeglichen werden. Heute bekommen Jugendliche mit IV-Leistungen häufig mehr als einen üblichen Lehrlingslohn. Eine Differenz schuf der Ständerat bei den Renten für Kinder von IV-Rentnern. Der Nationalrat möchte diese senken, weil Familien mit IV-Renten oft bessergestellt werden als solche mit niedrigen Einkommen. Dies bestreitet der von CVP und SP dominierte Ständerat.

### **Keine AHV-Finanzierung durch Bilanzabbau der Nationalbank**

[18.465 Pa.Iv. Matter. AHV-Finanzierung durch die Schweizerische Nationalbank](#)

Sollte sich das internationale Finanzsystem in Zukunft wieder normalisieren, so hätte die Nationalbank ihre Bilanz reduzieren und die entsprechenden Gewinne in die AHV fliessen lassen sollen. Denn mit den Negativzinsen verlieren heute die Sparer und Inhaber von Altersguthaben. Leider wurde eine entsprechende Parlamentarische Initiative aus der SVP-Fraktion knapp abgelehnt.

### **Kantone sollen sich auch an ambulanten Behandlungen beteiligen**

09.528 Pa.Iv. Humbel. Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

Kaum etwas ist so komplex wie die Geldflüsse im Gesundheitswesen. Heute werden ambulante Behandlungen vollständig von den Krankenkassen bezahlt, also über Prämien. Stationäre Leistungen hingegen werden zu mindestens 55 Prozent von den Kantonen und damit aus Steuergeldern finanziert; den Rest bezahlen die Krankenkassen. Das führt unter anderem dazu, dass die Versicherungen kaum Anreize haben, ambulante Behandlungen zu fördern, auch wenn diese günstiger wären. Zudem beeinflusst das heutige System den eigentlich rein medizinischen Entscheid, ob jemand ambulant oder stationär behandelt wird. Diese Fehlanreize will der Nationalrat mit einer Mehrheit der SVP beseitigen gegen den Widerstand der Kantone, die sich gegen die Mehrkosten wehren.

## **WISSENSCHAFT UND BILDUNGSPOLITIK**

### **Ein «Kässeli» für jedes noch so kleine «Problelli»**

[19.3649 Mo. Savary. Rechtliche Grundlage für einen Digitalisierungsfonds](#)

Eine Mehrheit des Ständerats beschloss gegen den Willen der SVP, dass ein Fonds für die Digitalisierung im Musik-, Literatur- und Filmbereich geschaffen werden soll. Dieser soll aus den Einnahmen der 5G-Lizenzen gespeist werden. Die Idee stammt selbstverständlich aus dem linken Lager.

## UMWELT-, ENERGIE- UND KOMMUNIKATIONSPOLITIK

### **Parlament beschliesst Handelsverbot für illegal geschlagenes Holz**

[18.095 Umweltschutzgesetz. Verbot des Inverkehrbringens von illegal geschlagenem Holz](#)

Illegal gefälltes Holz darf in der Schweiz nicht mehr gehandelt werden. Das Parlament schrieb zusätzlich die Weiterführung der Deklarationspflicht zu Art und Herkunft des Holzes gegenüber den Konsumenten ins Gesetz. Auch für andere Rohstoffe und Produkte als Holz kann der Bundesrat Anforderungen für das Inverkehrbringen festlegen. Voraussetzung ist, dass Anbau, Abbau oder Herstellung die Umwelt erheblich belasten oder natürliche Ressourcen gefährdet sind. Dieser vom Nationalrat eingebrachten Ergänzung schloss sich der Ständerat an. Die Ergänzung zielt auf das umstrittene Palmöl.

### **Ständerat will der SRG keine Standortpolitik vorschreiben**

[18.457 Pa.IV. Röstli et al. Vielfalt statt Konzentration. Sicherstellen einer dezentralen Programmproduktion durch die SRG](#)

Entgegen dem Nationalrat will der Ständerat der SRG nicht vorschreiben, wo sie Standorte zu betreiben hat. Entsprechende parlamentarische Initiativen, die von Mitgliedern unterschiedlicher Fraktionen wegen des Entscheids, das Radiostudio Bern schliessen zu wollen, eingereicht wurden, lehnt die kleine Kammer ab.

Nationalrat bewilligt Milliarden-Kredit für 3. Rhonekorrektur

[18.097 Realisierung der zweiten Etappe der 3. Rhonekorrektur. Gesamtkredit](#)

**Der Nationalrat bewilligte über eine Milliarde Franken für die zweite Etappe der 3. Rhonekorrektur. Es handelt sich um das grösste Hochwasserschutzprojekt der Schweiz mit einem Umfang von insgesamt CHF 3,6 Milliarden.**

Steuererleichterungen für umweltschonende Treibstoffe werden verlängert

[17.405 Pa.IV. Burkart. Verlängerung der Befristung der Steuererleichterungen für Erdgas, Flüssiggas und biogene Treibstoffe](#)

Auf Erdgas, Flüssiggas und biogene Treibstoffen sollen weiterhin Steuererleichterungen gewährt werden. Der Nationalrat sprach sich mit Unterstützung der SVP-Fraktion dafür aus, die geltenden Regeln zu verlängern - und verhinderte, dass die Ratslinke die Vorlage für ihre Klimahysterie kaperte.

### **Unnötige Hürden zugunsten der Schweizer Wasserkraft abbauen**

[16.452 Pa.IV. Röstli Ausbau der Wasserkraft zur Stromerzeugung und Stromspeicherung. Anpassung der Umweltverträglichkeitsprüfung](#)

Die Betreiber von Wasserkraftwerken sollen künftig bei Konzessionserneuerungen weniger rigorose Umweltmassnahmen ergreifen müssen als bisher. Der Nationalrat setzte damit eine Parlamentarische Initiative aus der SVP deutlich um.

## VERKEHRSPOLITIK

### **Bundesversammlung einigt sich über Umfahrung Oberburg bei Burgdorf**

[18.065 Agglomerationsverkehr. Verpflichtungskredite für die Beiträge ab 2019](#)

Die Uneinigkeit von National- und Ständerat verzögerte das Geschäft um Monate. In der ganzen Schweiz warteten Agglomerationsprogramme auf Oberburg. Die Räte einigten sich schliesslich, dass der Bund die Umfahrung Oberburg finanziell unterstützt, wenn das Projekt weit fortgeschritten ist, der Bau allein durch fehlende Mittel verunmöglicht würde und aus den vorangehenden Agglomerationsprogrammen noch Geld übrig ist. Der Bundesrat müsste in diesem Fall dem Parlament eine separate Botschaft zu Oberburg vorlegen.

### **Grüne Zonen sorgen bei der SVP für rote Köpfe**

[17.4040 Motion. GLP. Grüne Zonen für Elektrofahrzeuge](#)

Elektrofahrzeuge erhalten künftig speziell gekennzeichnete Parkplätze und Ladeflächen. Die SVP bekämpfte diese einseitige Förderung einer bestimmten Antriebstechnologie leider erfolglos. Immerhin handelt es sich dabei lediglich um eine freiwillige Möglichkeit gegenüber Städten und Kantonen. Doch in der Politik ist eine freiwillige Massnahme oft der erste Schritt in Richtung Obligatorium.

### **Erster Schritt in Richtung «Road Pricing»**

[17.3701 Mo. Candinas. Freiwillige digitale Vignette](#)

Was praktisch tönt, könnte zum Bumerang werden: Nach dem Nationalrat stimmte leider auch der Ständerat einer freiwilligen digitalen Autobahnvignette zu, welche die klassische Klebvignette ersetzen soll. Dabei wird die digitale Vignette mit der Fahrzeugnummer gekoppelt. Genau das ist jedoch der erste Schritt in Richtung einer staatlichen Verkehrslenkung bzw. eines Road Pricing.

### **Diverse SVP-Vorstösse zum Verkehr im Nationalrat behandelt**

[17.3708 Mo. Imark. Die Bestrafung von Radar-Warngruppen stoppen](#)

[17.3748 Mo. Imark Pannestreifenumnutzungen mit vereinfachten Verfahren ermöglichen](#)

[17.3823 Mo. Burgherr. Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge. Prüfungsintervalle verlängern](#)

[17.3846 Mo. Flückiger. Mehr Gratisparkplätze an Autobahnauffahrten](#)

[17.3894 Mo. Reimann Lukas. Verkehrsfluss stärken, Rechtsabbiegen bei Rot zulassen](#)

Der Nationalrat stimmte über eine Reihe von Verkehrsvorstössen aus der SVP-Fraktion ab, mit mässigem Erfolg. Einzig der einfacheren Umnutzung von Pannestreifen in Fahrbanen stimmte die grosse Kammer zu. Die Entkriminalisierung von Radar-Warngruppen, längere Prüfintervalle von modernen Autos, zusätzliche Gratisparkplätze an Autobahnen für Fahrgemeinschaften und die Legalisierung des Rechtsabbiegens bei Rot fanden leider keine Mehrheit.

## **EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION**

[19.479](#) Pa.Iv. Notwendige Reformen hinsichtlich die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft

[19.4005](#) Mo. Stopp der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz!

[19.3995](#) Ip. Gewalt gegen Frauen – Schluss mit falscher Toleranz!

[19.4006](#) Ip. Wie belastend sind die hohen Zahlen an EU-Zuwanderern - insbesondere in Anbetracht der bevorstehenden Rezession?

[19.4007](#) Ip. Massenzuwanderung gefährdet unsere Sozialwerke

[19.4008](#) Ip. Aktualisierte Zusammenstellung aller Zahlungen und Beiträge der Schweiz an die EU

## **EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN**

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)